

Der Petent beehrte mit seiner Eingabe, dass sich die Landesregierung Rheinland-Pfalz für einen Bau der Nord- und Westumfahrung Trier einsetzt und eine Bürgerbefragung mit „begleitender öffentlicher Mediation“ durchführt.

Nach den vom zuständigen Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur getroffenen Feststellungen sollen nach dem Koalitionsvertrag zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen die in der Region geplanten Infrastrukturvorhaben unter Einbeziehung der Potentiale eines ÖPNV/SPNV-Ausbaus zur Entlastung der Straßeninfrastruktur bewertet und gemeinsam mit der Stadt Trier und der Region Trier/Luxemburg ein nachhaltiges Verkehrskonzept zur Verbesserung der Verkehrssituation entwickelt werden. Dabei sei es Ziel, auf den Bau des Moselaufstiegs und der Meulenwaldautobahn zu verzichten. Das Ministerium wies zudem darauf hin, dass die Aussagen des Koalitionsvertrags der Regierungsparteien in Rheinland-Pfalz den politischen Willen der Landesregierung darstellen und für alle Ressorts bindend sind.

Der Petitionsausschuss des Landtags Rheinland-Pfalz hat in seiner nicht-öffentlichen Sitzung am 08.11.2011 festgestellt, dass dem in der Eingabe vorgebrachten Anliegen nicht abgeholfen werden kann.